

An die
Abteilung IV/E4

per e-mail an e4@bmimi.gv.at

Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2025-0.945.452

Wien, 24. November 2025

**Betreff: Oberste Eisenbahnbehörde
Eisenbahnbehördliche Aufsicht
Jahresplanung 2026**

Für das Jahr 2026 werden für die Abteilung IV/E4 nachstehende Aufsichtstätigkeiten geplant:

1. Schwerpunktunternehmen (für anlasslose Aufsicht)

Zur Kontrolle, ob die Eisenbahnunternehmen bzw. Schulungseinrichtungen ihrer obliegenden Verpflichtung, ein Sicherheitsmanagementsystem anzuwenden, kontinuierlich nachkommen, sind für 2026 zumindest sechzehn anlasslose Aufsichtsverfahren durchzuführen.

Mindestziel:

1. Cargo-Center-Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. & Co KG
2. DB Cargo Aktiengesellschaft
3. DB Fernverkehr AG
4. FRACHTbahn Traktion GmbH
5. HELROM GmbH
6. Land Steiermark/Steiermärkische Landesbahnen
7. ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft
8. ÖBB-Technische Services-Gesellschaft mbH
9. PKP CARGO SPÓŁKA AKCYJNA
10. Raildox GmbH & Co. KG
11. Retrack Germany GmbH
12. RheinCargo GmbH & Co. KG
13. Rund ums Gleis GmbH
14. Stern & Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H.

15. Training s.r.l

16. WIENER LOKALBAHNEN GmbH

Optional:

17. BLS Cargo AG

18. boxXpress.de GmbH

19. Ten Rail, železniški tovarni promet d.o.o.

2. Schwerpunkt sachverständige Prüfer:innen für Triebfahrzeugführer:innen (für anlasslose Aufsicht)

Zur Kontrolle, ob sachverständige Prüfer:innen für Triebfahrzeugführer:innen ihren Pflichten ausreichend nachkommen, sollen unter Zugrundelegung des Datums der Erstbestellung ca. zwanzig Prozent der aktuell bestellten sachverständigen Prüfer:innen anlasslos beaufsichtigt werden.

3. Schwerpunktthemen bei der Aufsichtstätigkeit

- Signalüberfahrungen (Fortsetzung aus den Vorjahren)
- Qualifikation von Personal, das sicherheitsrelevante Aufgaben wahrnimmt (Fortsetzung aus dem Vorjahr)

4. Auswertung der einlangenden Informationen

Alle einlangenden Informationen sind zeitnah dahingehend auszuwerten, ob Anlass zur Annahme von Nichtkonformitäten im Sicherheitsmanagementsystem von Eisenbahnunternehmen bestehen und welche Risiken sich aus diesen Nichtkonformitäten für die Sicherheit im Eisenbahnsystem ergeben. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Informationen aus:

- a) Meldungen der Eisenbahnunternehmen über Unfälle und Störungen;
- b) Ergebnisse aus Sicherheitsuntersuchungen einschließlich Sicherheitsempfehlungen;
- c) Ergebnisse aus Aufsichtstätigkeit nationaler Sicherheitsbehörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der EFTA sowie sonstige Mitteilungen von Behörden (z. B. im Wege der Amtshilfe);
- d) Ergebnisse aus behördlichen Genehmigungsverfahren, insbesondere verbleibende Bedenken aus der Sicherheitsbewertung (iSd Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2018/763);
- e) Aufnahme eines neuen Eisenbahnbetriebes (inklusive Änderung der Aufstellung der Personalkategorien und Schienenfahrzeugtypen);
- f) jährliche Sicherheitsberichte der Eisenbahnunternehmen;
- g) Mitteilungen und Beschwerden von interessierten Parteien (insbesondere Kunden, Anrainern, Mitarbeitern, Lieferanten und sonstigen Akteuren aus dem Eisenbahnsektor).

5. Anlassbezogene Aufsicht

Soweit sich aus der Auswertung der einlangenden Informationen Anhaltspunkte für Nichtkonformitäten ergeben, ist eine anlassbezogene Aufsicht einzuleiten. Hierbei werden jeweils in Ermittlungsverfahren die Ergebnisse aus vorhergehenden Aufsichtsverfahren der Obersten Eisenbahnbehörde ergänzt, insbesondere durch

- a) Aktionspläne der Unternehmen (insbesondere nach der Verordnung Nr. 1078/2012);
- b) Ergebnisse aus durchgeführten internen und externen Audits des Sicherheitsmanagementsystems oder eines integrierten Managementsystems, insbesondere im Rahmen von Zertifizierungen;
- c) Ergebnisse aus Untersuchung und Auswertung von Unfällen und Störungen (zB Berichte von Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Eisenbahnverkehrsunternehmen);
- d) jährliche Tätigkeitsberichte der für die Instandhaltung zuständigen Stellen an die Zertifizierungsstelle sowie Berichte jener Stellen, die für die Instandhaltung von Fahrzeugen zuständig sind;
- e) Auskünfte der Eisenbahnunternehmen an die Behörde;
- f) Urkunden, Zeugen, Beteiligte, Sachverständigengutachten und sonstige im Zuge eines Augenscheins, einer mittelbaren Beweisaufnahme oder Erhebung gewonnene Beweise.

Über die Ergebnisse der Aufsichtstätigkeit, insbesondere im Zusammenhang mit der Evaluierung der Planung und Strategie und der Evaluierung des Rechtsrahmens, sowie allfällige Verbesserungsvorschläge ist der Leitung der Obersten Eisenbahnbehörde

bis spätestens 30. Mai 2027

zu berichten.

Für den Bundesminister:

DI Vera Hofbauer